

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Regierungsdruck bei täglich zweimaliger Auflage
Preis 1,20 monatlich, 12,00 jährlich, 1,00 Einzelheft
Abnahmebestellungen sind bei jeder Nummer zu machen.
Bestellungen sind zu richten an die Druckerei
H. G. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 1000

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 38/32. Fernruf 25241. Postfach 1000 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Landeshauptmannschaft Dresden und des Schiebesamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagspreis 12. Einzelheft Nr. 4: 1,00
Abnahmebestellungen sind bei jeder Nummer zu machen.
Bestellungen sind zu richten an die Druckerei
H. G. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 1000

Die Schweiz stellt dem Regus Bedingungen

Einreise nur mit Zustimmung des Bundesrates

Basel, 15. Juni.

In Vevey am Genfer See wird bekannt, daß der Regus beabsichtigt, am Mittwoch, dem 17. Juni, London zu verlassen und auf seinem Schweizer Landsitz am Genfer See Wohnung zu nehmen. Das Hauspersonal sei bereits in diesem Sinne benachrichtigt worden.

Die politische Lage ist aber derart, daß der Regus nicht einfach ohne weiteres in die Schweiz einreisen kann. Er muß vielmehr hierzu die Zustimmung des Bundesrates einholen. Dieser aber wird, um internationale Beziehungen auszuweiten, seine Genehmigung von der Klärung folgender Fragen abhängig machen:

1. Will Herr Selassie sein Land vor dem Völkerbund vertreten oder?
2. Kommt er als Exkaiser, um einen Zufluchtsort zu suchen, oder?
3. Will er von der Schweiz aus den Kampf um die Wiederhergewinnung seines Thrones in die Wege leiten?

In maßgebenden Schweizer Kreisen gibt man dem Regus zu verstehen, daß man mit dem Lande und seinem Schicksal großes Mitleiden habe, daß es aber nicht angehe, daß sich die Schweiz seiner wegen der Gefahr politischer Verwicklungen ausbebe. Wie es heißt, ist beim Bundesrat noch kein Einvernehmen über den Regus gestellt worden.

Salle Selassie im Abyssinienfilm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 15. Juni.

Dem Regus ist, wie englische Blätter melden, ein Filmangebot gemacht worden. Er soll in einem Abyssinienfilm die

Hauptrolle spielen. Seine Entscheidung habe er sich noch vorbehalten, doch wird angenommen, daß er zu Propagandazwecken das Angebot der Filmgesellschaft annehmen wird.

Am Donnerstag Aussprache über die Sanktionen

London, 15. Juni.

Die große Aussprache über die Sanktionspolitik wird, wie am Montag im Unterhaus mitgeteilt wurde, am Donnerstag stattfinden.

Außenminister Eden wurden in der Montagssitzung des Unterhauses verschiedentlich Anfragen gestellt, ob die britische Regierung die Sanktionen beenden und die Befugnisse des Völkerbundes einschränken wolle oder nicht. Eden sagte, daß die britische Regierung den Wunsch habe, die Aussprache über die Sanktionspolitik zu dem frühesten möglichen Zeitpunkt vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit werde er die Ansichten der britischen Regierung über die zu erzielenden Kollektivverhandlungen beim Zusammenritt des Völkerbundesrates und der Völkerbundversammlung, die am 20. bzw. 30. Juni stattfinden sollten, erläutern.

In gutunterrichteten Kreisen verläutet, daß den Vermittlungen, Außenminister Eden werde wegen der Sanktionsfrage zurücktreten, geringe Bedeutung beizumessen sei.

Nationalwirtschaft

Deutschland ist noch immer in der Welt ein unerfahrener Runder. Wenn man in gewissen Auslandskreisen die Hoffnung gehegt hat, eines Tages ein Volk von 68 Millionen vom Weltmarkt absperrern zu können, so dürfte man wohl jetzt erkennen haben, daß das ein Traum war, und nicht einmal ein schöner. Es haben sich auch sehr wichtige Staaten nicht an dem wirtschaftlichen Reststreben gegen Deutschland beteiligt. Die Umsagerungen aber, die für uns erforderlich waren, haben dazu geführt, daß wir den Blick hart zum Südoften Europas richten, und die Reize des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach Jugoslawien und Griechenland unterstreicht den Willen, die längst bestehenden guten Beziehungen weiter auszubauen. Wir in Dresden wissen durch die Handelsbeziehungen unserer Stadt, wie viele Fäden sich hinüber und herüber knüpfen. Nächsten, aber doch überaus aufschlußreich beleuchtet die deutsche Handelsstatistik die wichtige Rolle Deutschlands als Käufer im Südoften. So beträgt der deutsche Anteil an der Gesamtumsatzsumme Ungarns 88,8 Proz., an der Jugoslawiens 28,2 v. H., an der Griechenlands 27,5. Diese Zahlen sind durchaus steigungsfähig, zumal das industrielle Deutschland und die Agrarländer des Südoftens sich vielfach in glücklicher Weise zu ergänzen vermögen. In welcher Art der Ausbau geplant ist, ist in den Medien angedeutet worden, die anlässlich des Besuches Dr. Schachts gewechselt worden sind. In einer dieser Reden nun hat der Reichsbankpräsident Sätze geformt, die weit über die Fragen der Ein- und Ausfuhr hinaus Gültigkeit haben und an die Wurzeln nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik heranzuführen. Das sind die Feststellungen: „Es ist die schaffende Arbeit fleißiger Völker, die im Vordergrund aller Wirtschaftsbegründungen stehen muß. Der Geld- und Kapitalverkehr hat sich nach den nationalwirtschaftlichen Bedürfnissen der Völker zu richten, und nicht umgekehrt. Das ist das durchaus Neue, das wir in Deutschland als nationalsozialistische Wirtschaftspolitik bezeichnen.“

Diese Revolutionierung des Denkens, die es ablehnt, die Wirtschaft lediglich nach Bilanzfiguren zu betrachten und vom Gelde auszugehen, die dem Gelde und dem Kapital die Herrschaft nimmt und ihnen die Funktionen zuweist, die ihnen von Haus aus gebühren, wirkt sich noch viel ausschlaggebender in der Binnenwirtschaft aus als im Außenhandel, ja sie wird gerade hier, auf die Dauer gesehen, Umrüstungen hervorrufen, deren Umfang in seiner Größe und aufstufgestaltenden Kraft bisher erst von wenigen völlig erfasst wird.

Einem Nichtverständigen gilt es zunächst zu bezeugen, daß, so kurzfristig es ist, doch immer wieder auftaucht und verbreitet wird. Die Entthronung des Geldes ist nicht gleichbedeutend mit Geld- oder Kapitalfeindschaft oder auch nur Mißachtung ihrer volkswirtschaftlichen Rolle. Auch die nationalsozialistische Wirtschaft verzichtet keineswegs auf Rentabilität der Volkswirtschaft als Ganzes, denn die Rentabilität allein schafft die Voraussetzungen für weiteren Aufbau und Fortschritt. Mit aller Schärfe und Eindeutigkeit werden Währungsversuche abgelehnt, und eine gesunde Geldwirtschaft ist ein unerlässlicher Bestandteil einer gesunden Wirtschaft überhaupt. Aber nicht als Herrschende, sondern eben als Glied des Ganzen steht das nationalsozialistische Denken die Fragen des Geldes und Kapitals und weist ihnen die Funktionen zu als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch in allen Phasen, die dem Wesen des Geldes entsprechen, und die auch im modernen Wirtschaftsleben von keiner anderen Einrichtung erfüllt werden könnten. Das aber zeichnet den Nationalsozialismus aus gegenüber dem individualistischen Liberalismus, daß sein Blickfeld weiter und umfassender und dadurch richtiger ist.

Ein Beispiel möge das erläutern. Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, Bernhard Rösler, hat unlängst darauf hingewiesen, daß die nächste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik die Rationalisierung sei. Demjenigen erscheint das Wort verwunderlich, der dabei den Begriff vor Augen hat, den man in den Jahren der Scheinblüte 1925/26 mit ihm verband. Damals bedeutete er nichts anderes, als nach dem technischen Vorbild der nordamerikanischen Wirtschaft neue Maschinen aufzustellen, obendrein noch mit geborgtem Geld und zu hohem Zinsfuß, die das Lohnkonto herunterbrücken und Handarbeit ersparen sollten. Neue Arbeitslose wurden dadurch geschaffen, und eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und damit Verringerung der Abnahmefähigkeiten war die naturnotwendige Folge. Diese Rationalisierung im damaligen Stil ist freilich mit einer der Ursachen der furchtbaren Arbeitslosigkeit und des Zusammenbruchs der deutschen Volkswirtschaft gewesen. Sie sah auch nur den Einzelbetrieb mit seiner Bilanz und nicht das Volksganze. Gewandelt, vertieft und verbreitert macht sich der Nationalsozialismus den Begriff der Rationalisierung zu eigen, der doch im Grunde nichts anderes will als eine vernünftige Wirtschaft. Das Reichsfinanzministerium für Wirtschaftspolitik erklärt das Wort auf höchst einfache Weise: „Nationalisierung bedeutet Erfassung, Prüfung und Anwendung aller Mittel, die Wissenschaft, Technik, Organisation

Zwei Arbeitstagungen der Erbgesundheitsrichter

Staatssekretär Dr. Schlegelberger über die Bedeutung der Gesundheitsgesetze

Berlin, 15. Juni.

Der Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner hat die Vorsitzenden der Erbgesundheitsgerichte und der Erbgesundheitsobergerichte des ganzen Reiches zu Arbeitstagungen vom 15. bis 17. Juni 1936 in Berlin und vom 22. bis 24. Juni 1936 in München zusammenberufen. Die Vorkurse verfolgen den Zweck, die Erbgesundheitsrichter in die ihnen übertragenen Aufgaben einzuführen und ihre Kenntnisse auf dem Gebiete der Verhütung erbkranken Nachwuchses zu vertiefen. Erfahrene Sachverständige in eingehenden Vorträgen die einzelnen im Erbgesundheitsgesetz und in dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bezeichneten Krankheiten.

Die Berliner Vorkurse eröffnete am Montag in Vertretung des aus einer Dienstreife befindlichen Reichsministers der Justiz, Dr. Gürtner, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Schlegelberger. Nach Worten der Begrüßung führte Staatssekretär Dr. Schlegelberger u. a. aus: Unserem Volk hat die nationalsozialistische Weltanschauung die Erkenntnis vermittelt, daß in der Lebensweise und Weitergabe von Anlagen, Fähigkeiten und Eigenschaften von Geschlecht zu Geschlecht blutgebunden die schicksalshafte Gestaltung einer Rasse, einer Nation, eines Volkes fest verankert ist. Sie hat und geleistet, wie sehr Schicksal und Zukunft unseres Volkes durch die Beschaffenheit seines Erbtrommes bestimmt werden, welche Kraft von ihnen ausgeht, wenn er rein und ungetrübt steht, aber auch welche verderblichen Folgen für ein Volk dann eintreten müssen, wenn die Kranken und minderwertigen Erbanlagen sich immer mehr ausbreiten und die Gesunden zu überwiegen drohen. Sie haben nunmehr über zwei Jahre daran mitarbeiten dürfen, diese Forderung des Führers zu erfüllen. Sie und mit Ihnen die Reichsjustizverwaltung können mit Bestimmtheit auf das in dieser Zeit geleistete zurückblicken. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen für Ihre unermüdete Arbeit

und für Ihr verständnisvolles Zusammenwirken mit der deutschen Volksgemeinschaft den Dank der Reichsjustizverwaltung auszusprechen. Zu meiner Freude kann ich heute hier auch feststellen, daß

die Gemeinschaftsarbeit von Richter und Arzt besonders eng und für beide Teile angenehm befruchtend

gewesen ist. Noch vor einigen Tagen sind auf der Tagung der Richter des öffentlichen Gesundheitsdienstes von zahlreichen Richtern das verständnisvolle Verhalten der Richter in ärztlichen Fragen und ihr großes Wissen auf dem ihnen von Haus aus doch fremden Gebiete der Erbkrankheiten rühmend hervorgehoben worden.

Die Aufgabe des Erbgesundheitsrichters erschöpft sich nicht in der ordnungsmäßigen Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und des einzelnen Verfahrens. Ihre Sorge muß es auch sein, die Gedanken der deutschen Erb- und Rassenpflege immer tiefer in den Herzen und Hirnen der deutschen Volksgenossen zu befestigen. Dann werden Sie Verkämpfer des Erb- und Rassengebahrens in der Welt sein. Im Ausland befaßt man sich immer mit dem Gedanken der Erb- und Rassenpflege und erregt in mehreren Ländern sogar die Einführung von Sterilisationsgesetzen, die dem unseren ähnlich sind.

Staatssekretär Dr. Schlegelberger ging sodann auf das Gesundheitsgesetz ein, das die Schließung von Ehen verhindert, die für die Erhaltung von Leib und Glied bringen, weil sie den Keim der Zerrüttung von Anfang an in sich tragen, und für unser Volk nur verderblich sind. Durch dieses Gesetz ist das Arbeitsgebiet der Erbgesundheitsgerichte wesentlich erweitert worden. Der Staatssekretär schloß mit einem Sieg Heil auf den Führer. Sodann eröffnete Ministerialdirektor Dr. Härtel vom Reichsministerium des Innern die Reihe der Fachvorträge.

Deutsche Volkvertreter unter tschechischer Bewachung

Prag, 15. Juni.

Zum Kulturverbandstag in Trautau waren auch die Parlamentarier aller deutschen Parteien als Ehren Gäste eingeladen. Zahlreiche Senatoren und Abgeordnete der Sudeten-deutschen Partei leisteten der Einladung Folge. Bereits beim Begrüßungsabend wurde ihnen von einem Beamten der tschechischen Bezirksbehörde bedeutet, daß es für die Volkvertreter verboten sei, dem tschechischen Verein die Griffe der Partei zu überbringen. Man wollte den Volkvertretern und Senatoren nicht einmal die geschlossene Beteiligung am Festzug gestatten. Energetische Proteste veranlaßten dann den zuständigen Beamten, diese Verfügung zurückzuziehen, doch wurde die Gruppe der SDP-Abordnung ständig von einem Beamten begleitet, der darüber zu wachen

hatte, daß der Vorsitzende der Partei, Konrad Geyers, und die SDP-Volkvertreter nicht als sichtbare Gruppe im Festzug marschieren.

In einer von der SDP eingebrachten Anfrage an den tschechoslowakischen Innenminister wird festgestellt, daß das Vorgehen der Behörde in Trautau bei der Beobachtung starker Zensur hervorgehoben habe. Vom Innenminister wird geantwortet, gegen die Brücklerung freigezügelter Volkvertreter durch untergeordnete Verwaltungsbeamte einzuschreiten und dieses Vorkommnis streng untersuchen zu lassen.

Erwid in Semmering bei Wien eingetroffen. Der ehemalige italienische Staatssekretär des Reiches, Caviglioli, ist mit seiner Gemahlin in Semmering bei Wien eingetroffen. Wie von maßgebender Seite versichert wird, hat der Besuch rein persönliche Bedeutung.